

Postliche



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postanbestellungen sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, Finanz- und Handelsblatt. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitsbilder“ und „Literarische Umschau“. Mittwoch: „Für Kunst und Wanderung“. — Donnerstage: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1,- Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Großmark, mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (im Ausw.): Handlmann; Carl Misch, Berlin, Genert. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Düsseldorf 3600-3660, für den Fernverkehr, Amt Berlin 2460-3600. Telegramm-Adresse: Ullsteinwerk, Berlin. Postschekbank Berlin 60.

Kanton-Wormschau auf Peking

Von Nanjing und Schanghai aus

Redigiert von der „Postlichen Zeitung“

who London, 1. April

Die Kantonnarme hat von Nanjing und Schanghai aus in mehreren Kolonnen auf breiter Front den Marsch nach Peking angetreten. Die englischen Truppen sind von den fremdenmännlichen Chinesen von Nanjing nach Hongkong gebracht worden, während gleichzeitig eine weitere Kompanie englischer Soldaten von Hongkong nach Schanghai entsandt worden ist, um die Sicherstellung zu gewährleisten. Ein zweites japanisches Geschwader ist vor Anker gegangen, einem von Japan seit langem begehrten Stützpunkt auf dem chinesischen Festland. Gleichzeitig verlangt, daß die amerikanische Regierung beschließt, mehrere tausend Mann Marinesoldaten nach China zu entsenden.

Nach der heutigen Schöpfung des englischen Redaktionsvertrages, daß die Kaiserregierung wegen der Zwischenfälle von Nanjing nicht den Charakter eines Ultimatum tragen werde, sondern daß sie erzwungen werde, die chinesische Antwort zu bekräftigen.

Die japanische Flottenemonstration vor den südpazifischen Küsten, vor denen ein großes japanisches Geschwader konzentriert ist, läßt darauf schließen, daß Japan, dessen Flotte eine Blockade am leichtesten durchzuführen könnte, für diese Re-

pressionelle eintritt, wahrscheinlich in der Hoffnung, daß sich aus der Blockade Zwischenfälle ergeben werden, die es den japanischen Marinesoldaten erleichtern würden, auf einheimischem Boden, wo sie nicht in Schanghai die Befehlsausgabe mit anderen Nöhten teilen müßten, festen Fuß zu fassen.

Die japanische Flotte vor Anker besteht aus 3 Schlachtschiffen, 5 großen Kreuzern, 14 Torpedobootzerkern und 5 Unterseebooten. Der amerikanische Admiral Williams hat daraufhin bei dem japanischen Admiral angefragt, wie lange die japanische Flotte in den chinesischen Gewässern bleiben werde, und hat die Antwort erhalten, daß die japanische Flotte mindestens bis zum 15. April vor Anker konzentriert bleiben werde.

Berühmte Erklärungen Briands

1st Paris, 1. April

In der außerparlamentarischen Kommission der Kammer hat Briand heute nachmittags erklärt, daß die aus China vorliegenden Selensätze, die zum größten Teil englischen Ursprungs seien, fast tendenziell stattdessen seien. Die offiziellen Behörden, die die französische Regierung von ihren amtlichen Vertretern in China erhalten habe, ließen die Dinge sehr viel weniger ernst erscheinen. Auf jeden Fall werde die französische Regierung durch keinerlei Kampagne in diesen Krieg verwickelt werden. Ihre Politik bleibe nach wie vor die abwartende Neutralität. Für eine definitive Intervention ließe die französische Regierung dieses Moment nicht zu.

Einigkeit macht schwach

von

Karl-Vollgang Philipp

Auditor et altera pars. Den Stumpfsinn des Reiches in der Einigungsfrage feindet man zur Genüge. Er ist, bei aller Anerkennung der schweren Notlage der deutschen Finanzen, in der „Postlichen Zeitung“ erstörter und festgestellt worden. Jetzt tritt die andere Partei, die Epielenretzung der Liquidations- und Beerdigungs-schwächen, auf den Plan und zwingt Reichstag und Öffentlichkeit, zu ihren sehr genau formulierten und begründeten Vorschlägen Stellung zu nehmen. Eine solche fädelnde Stellungnahme ist, bevor dieser Schritt an die Öffentlichkeit gelangt wurde, noch von anderer Seite gefordert worden: man hat die Epischenrebende der deutschen Wirtschaft um Zustimmung zu den Vorschlägen gebeten, die nach dem damals erfolgten Eintragung der Epischenrebende freigegeben wurde, und denen man durch das Bestum der deutschen Wirtschaft von vornherein besonderen Nachdruck geben wollte. Die Epischenrebende haben viel Zeit zu ihrer Antwort gebraucht. Als die „Postliche Zeitung“ in der Lage war, den Inhalt ihrer Antwort der Öffentlichkeit mitzuteilen, und mit deutlichen Worten die föhliche Ablehnung, die aus dem Schreiben sprach, feststellte, da hat man auf beiden Seiten verlangt, diese Interpretation als irreführend hinzustellen. Man hat, sei im Grunde über die Notwendigkeit der Einigung und ihre Durchführung völlig einig, und die in dem Antwortbrief enthaltene Bemerkung, daß die Epischenrebende es „im Augenblick für unangenehm“ hielten, sich zu dem Einigungsvorschlag freigegeben, im einzelnen zur äußeren, kann noch nicht als ein ausgeprägtes Nein gemeldet werden.

Sie ist als das Wort von der Einigkeit, die hier macht, treffend widerlegt. Nach langem Jahren des Wartens, des Beirätens, des Bittens, des Hoffens, der Forderungen, der Präzisierungen. Sie erwarten von der Wirtschaft, die ja schließlich eine neue Belastung des Reichsstaats in erster Linie zu tragen hat, Zustimmung oder Ablehnung. Nach langem Hin und Her erfüllt keines von beiden — nur die in freundschaftlicher, gutwilliger, aber nicht unehrlicher, Forderung, sich nicht äußern wollen, und, natürlich, die Verneinung, daß man im Grunde ja völlig einig sei. Bei weit die „Einigkeit“ geht, wird befürwortet durch eine Einigung, die die Epischenrebende in diesen Tagen an den Reichstag zu präsentieren. Aber auch weniger ist gefordert worden. Man hat im wesentlichen wohl doch eingesehen, daß Schmeigen die Situation nicht löst. Und so wird denn nochmals hier ausführlich die Notwendigkeit einer erhaltenden Regelung der Einigungsfrage hervorgehoben. Diese Regelung ist im wesentlichen die Vorschläge der Wirtschaftsberebende erarbeitet hat, nicht sich löst, sondern getätigt. Das einzig Positive, das die Einigung enthält, und in eigener Sache geliebet: Wer der obgenannten Schmeigensregelung nicht feinesfalls die Wiederunterstützung ablehnen will, der hat sich zu dem Reichstag verpflichtet, aber auch wenigstens für den Reichstag die Vorschläge der Wirtschaftsberebende erarbeitet hat, nicht sich löst, sondern getätigt. Das einzig Positive, das die Einigung enthält, und in eigener Sache geliebet: Wer der obgenannten Schmeigensregelung nicht feinesfalls die Wiederunterstützung ablehnen will, der hat sich zu dem Reichstag verpflichtet, aber auch wenigstens für den Reichstag die Vorschläge der Wirtschaftsberebende erarbeitet hat, nicht sich löst, sondern getätigt.

Wenn das gesamte Einigungsproblem wieder tief befriedigt, so ist das nicht zu verwundern. Eine generelle Kuranz, die die Liquidations- und Beerdigungs-schwächen nicht abhält, darauf hingewiesen, daß die Verwendung der Ungleichschuldner, die insgesamt einen Gewinn von etwa 200 Millionen erzielt haben, freiergezügelt wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechen. Das bann die Banken und Spornreute gemacht haben, ist der Stärkung der deutschen Gesamtökonomie zugute gekommen. Wenn jetzt aber dieselben Kreise sich scheuen, die Abfindung der großen Masse von Unterebeschäftigten, die ein solches Geschäft nicht gemacht haben, selbst unter finanziellen Schwierigkeiten, dann wird man doch wohl einmal die Bilanz ziehen müssen. Hoffen wir, daß es nicht nötig sein wird. Auch das neue Schreiben der Epischenrebende der deutschen Wirtschaft aber vornehmlich ein Hinweis auf die Notwendigkeit der Einigung.

Dann müssen sich eben andere Stimmen erheben, um den Epielenretzung der Liquidations- und Beerdigungs-schwächen entgegenzutreten. Man muß sich einmütig für die Einigung aussprechen, die man im Augenblick für unangenehm hielten, sich zu dem Einigungsvorschlag freigegeben, im einzelnen zur äußeren, kann noch nicht als ein ausgeprägtes Nein gemeldet werden.

Der Zwischenfall am Bismarck-Denkmal

Grzeffinski ordnet Untersuchung an

Besprechung im Landtag

Im Landtage kam es gestern beim Besuch des Innenministeriums zu einer Aussprache über die Vorgänge am Bismarckdenkmal und über den Tod des Generals v. Weisberg. Der Vorfall wurde, schon ehe der Etat zur Beratung stand, von dem deutschnationalen Abgeordneten Schlangensöhningen in die Debatte gezogen. Beim Innenamt nahm Minister Grzeffinski sofort das Wort, um den Vorfall, soweit eine Untersuchung in der kurzen Zeit möglich war, amtlich klarzulegen.

Der Minister teilte mit, daß gegen 12 Uhr eine Gruppe von 20 Personen in Zivil und mit Gabelstapler, auf in feierlicher Kleidung, sich dem Bismarckdenkmal genähert hätten, daß dort ein Kran niedergelegt wurde, und daß einer der Herren, der als der bekannte General v. Weisberg festgestellt wurde, eine Rede zu halten begann. Während dieser Zeit waren etwa 40 Personen an der Kranabwendung beteiligt. Der vor dem Reichstage dienende Schutzpolizeikommandant, der den Vorfall auf die Landtage hin, daß er sich innerhalb der Bannecke befände, und ersuchte ihn, das Reden zu unterlassen.

Der Redner leistete nicht Folge. Der Beamte forderte ihn auf, zumeist Zwangsregelungen sich zur Wade zu begleiten. Dabei soll er ihn nicht am Arm gefasst haben. Nach etwa 20 Schritten ist dann der Redner, vom Beschlag getroffen, nie niedergelassen.

Nach dem Banneckengesetz hat der Beamte seine Pflicht getan.

Der Minister betonte den Vorfall menschlich tief und mitreue, es wäre nicht der Fall, daß jemanden die Bannecken angeht, da gefürchtet Bismarckdenkmal dahin zu konstruieren, daß kleinere Bismarckdenkmal am Denkmal anbauen zu lassen, was für den Vorfall und die öffentliche Ruhe und Ordnung nicht zu fördern geeignet seien, wie es hier hauptsächlich nicht der Fall gewesen wäre.

Auf Verlangen der Deutschnationalen wurde eine Besprechung dieser Erklärung beschlossen, und, wobei auch der deutschnationalen Abgeordnete v. Winterfeldt die folgende Erklärung abgab, daß seine Fraktionsgenossen von der Erklärung des Ministers beizugehen. Der Vorfall hätte sich nicht zu ereignen brauchen, wenn man die Polizei anders instruiert hätte, und den General v. Weisberg treu sichtlich keine Schuld, da er schon am vorjährigen 1. April unbeanstandet eine Kranabwendung auch mit einer kurzen Rede begleitet hatte. Die Deutschnationalen wünschen, daß im Zukunft anders verfahren werde, denn

die Abzweigung Menge der Bevölkerung feiere den 1. April als Nationalfeiertag, im Gedenken an Bismarcks Größe. Der Polizeipräsident müßte bei ähnlichen Staatsfeiern Ausnahmen auslösen. Selbstverständlich sei das Gesetz über die Bannecke als gramlosig berechtigt auch von den Deutschnationalen anerkannt. Der kommunistische Abg. Rapfer erklärte sich dagegen, daß man den Festen gestatte, sich innerhalb der Bannecke auszuatzen, während man es den Kommunisten verbiete. Der 1. Mai sei der Arbeiterfeiertag, da solle man die Bannecke auch für die Arbeiter freiergeben.

Der Minister des Innern Grzeffinski nahm dann noch einmal das Wort, weit insagenen neue Sachverhalte die Untersuchung des Falles einengen werden, um seine ersten Worte zu ergänzen. Er erklärte, daß nach der neuen Darstellung General v. Weisberg mit seinen Worten keine Kranabwendung habe befehlen wollen, und wenn diese Darstellung zutrifft, so habe der Beamte Unrecht gehandelt. Er durfte diese Kranabwendung nicht hindern und hätte auch den General nicht aufordern dürfen, zur Wade mitzugehen, sondern hätte ihn lediglich nach dem Namen fragen dürfen. Wenn die neue Darstellung zutrifft, werde der Beamte bestraft werden.

200000 amerikanische Bergarbeiter streiken

2000 Braunkohlengruben stillgelegt

New York, 1. April
Zweitausend Braunkohlengruben in Arkansas, Illinois, Indiana, Iowa, Kansas, Missouri, Ohio, Oklahoma und Pennsylvania sind heute stillgelegt worden. Zweihunderttausend Bergleute des Bergarbeiterverbandes befinden sich, wie bereits hier gemeldet, im Streik, da die Gruben zu abzubauen, das Lohnabkommen mit einem Zugelohn von 75 Zent auf zu verlängern. Eine längere Dauer des Streiks ist wahrscheinlich.
Bei den Verbrauchern macht sich bisher noch keine Braunkohlensituation geltend. Da noch ein Vorrat von vier achtzig Millionen Tonnen vorhanden ist, und auch viele Gruben mit Arbeitern, die nicht dem Bergarbeiterverband angehören, in Betrieb sind. Die Pittsburgh Terminal Coal Corporation kündigt an, daß sie Bergleute des Verbandes nicht wieder annehmen werde, und bietet ihren Arbeitern einen Zugelohn von sechs Dollars an. Infolgedessen werden dort Lärmen gegen Streikbrecher beständig.